

[Spa:rkassən]

seit 1906

**DIE
ZUKUNFT**

**IST
JETZT**

SEITE 6: ALLES AUF START – ÖSTERREICHS WIRTSCHAFT IN DER ZUKUNFT

SEITE 10: „WIR ERLEBEN DEN PERFEKTEN STURM“ – FRANZ PORTISCH IM GESPRÄCH

SEITE 22: DIE KASSE DER AGENTEN – MOBILE BANKING WORLDWIDE

ÖSTERREICHISCHE SPARKASSEN-ZEITUNG

FACHBLATT DES HAUPTVERBANDES DER ÖSTERREICHISCHEN SPARKASSEN

Folge **Eine geschichtsträchtige Zeitung.**

41. Jahrgang

Inhaltsübersicht

IM DIENSTE DER SPARKASSEN. Seit ihrem ersten Erscheinen im Jahr 1906 nimmt die Österreichische Sparkassenzeitung die Rolle als Gedächtnis der Sparkassen ein. Sie ist zugleich ein unerschöpfliches Archiv an Artikeln und Meinungen und – mit kurzen zeitlichen Abständen, in denen sie nicht erschien – immer ein wichtiges Kommunikationsmittel zur Identitätsstiftung, zur Vermittlung wirtschaftlichen Wissens und rechtlicher Informationen gewesen.

Ein- und Ausfuhr jugoslawischer Banknoten	159
Sicherstellungsweise Zessionen von Forderungen gegen die öffentliche Hand	159
Versicherung der Bedienerin	159
Berichtigung	160

Gesetze und Verordnungen:

Bundesgesetz vom 29. Juni 1954, womit Bestimmungen über die Mietzinsbildung für nicht dem Mietengesetz unterliegende Räume getroffen werden, BGBl. Nr. 132	160
--	-----

Verbände und Versammlungen:

Protokoll über die Vollversammlung des Hauptverbandes der Österr. Sparkassen am 22. Juni 1954	161
---	-----

Bücher und Broschüren:

nimmt die Durchführung eines Zinsfußwechsels mehrere Wochen in Anspruch. Es überlagern sich Schwierigkeiten, die aus dem langsam bekannten Zustand einer Atmosphäre, von der die Sparkasse als Teil der Wirtschaft fertig ist und stimmt. Fast scheint es, daß diese immer wiederkehrende Situation in den Sparkassen unabwendbar ist und es zu dem traditionellen Gepflogenheiten unseres Berufes gehört, den Jahreswechsel hinter dem Schreibtisch zu verbringen und auch sonst bei gewissen Anlässen oft wochenlang andauernde Überstundenarbeit zu leisten.

Die nachstehenden Gedanken und auch der Bericht über die bezüglich praktischen Erfahrungen in einer niederösterreichischen Sparkasse sollen nun zeigen, daß mit dieser Tradition gebrochen werden kann, wenn nur Organisation und Betriebslehre zusammenstehen und zunächst der Mut aufgebracht wird, neue zeitgemäße Wege zu beschreiten.

„Vorarbeiten besser als Nacharbeiten!“ Damit wird zum Ausdruck gebracht, daß es erstrebenswert ist, am Abschluß- bzw. Stichtag mit einer Massenarbeit tunlichst fertig zu sein. Die üblichen Arbeitseinteil-

IMPRESSUM UND OFFENLEGUNG GEMÄSS MEDIENGESETZ: Bezeichnung des Mediums: Österreichische Sparkassenzeitung; Medieninhaber, Herausgeber und Verleger: Österreichischer Sparkassenverband, Am Belvedere 1, 1100 Wien, E-Mail: info@sv.sparkasse.at; Generalsekretär: Franz Portisch; Präsident: Gerhard Fabisch; Chefredakteur: Armand Feka; Redaktion: Milan Frühbauer, Stephan Scopetta, Bastian Kellhofer, Sophia Uhlich, Christian Prenger; Redaktionsbeirat: Karin Berger, Christian Hromatka; Coverillustration: istock.com; Produktion/Litho/Druck: Bernsteiner Media GmbH, Rautenweg 10, 1220 Wien, www.bernsteiner.at; Art Direktion/Gestaltung: Dina Gerersdorfer, www.gerersdorferdesign.at; Offenlegung gemäß § 5 ECG und gemäß § 25 Mediengesetz: <http://www.sparkassenverband.at/de/Impressum>



[ˈʃpa:rkassən] INHALT



6



12



18



20

IM FOKUS

4

Kurznachrichten aus der Wirtschaft

ECONOMY

6

Alles auf Start Österreichs Wirtschaft in der Zukunft

10

„Wir erleben den perfekten Sturm“ Interview mit Franz Portisch

12

New Deal Die neuen alten KMU-Finanzierer

14

Wellenreiten Kampf der Tourismusbranche

LAND UND MÄRKTE

16

Taschengeld 2.0 Die Gig Economy

18

Bäuerliche Familienbetriebe Wie sieht die Zukunft aus?

20

Sparkassen heute Zwischen Regionalität, Gemeinwohl und EU-Regularien

WERTE

22

Die Kasse der Agenten Mobile Banking Worldwide

24

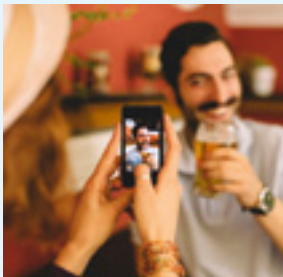
Regional/sozial: Engagement als Mehrwert Sparkasse Lambach

FINALE

26

Fünf Fragen an ... Fußballhoffnung Lara Felix

FORUM



Fünf Gründe, warum Snapchat Facebook in den nächsten Jahren den Rang ablaufen wird

Alle reden drüber, niemand (über 23) kennt sich wirklich aus. Ein paar Gründe, weshalb Snapchat das Soziale Medium der Zukunft ist.

- 1. Bis 2018 werden 80 Prozent aller Onlinevideos über Tablets und Smartphones abgespielt werden. Auf Snapchat werden heute bereits 10 Milliarden Videos angesehen. Täglich.
- 2. Snapchat-Gründer Evan Spiegel hat mit seinen 24 Jahren schon einiges erlebt. Seit der Gründung 2011 lehnte er ein Übernahmeangebot von Mark Zuckerberg in Höhe von drei Milliarden Dollar ab, überlebte einen Hackerangriff, bei dem die Daten von 4,6 Millionen NutzerInnen gestohlen wurden, und sah Dutzende Unternehmen kommen und gehen, die ein ähnliches Geschäftsmodell wie Snapchat verfolgt hatten.
- 3. Die Atmosphäre ist entspannt. Das Publikum unkritisch. Keine gehässigen Kommentare, keine Shitstorms, kein Druck, „Likes“ zu generieren – jedes Video wird zehn Sekunden, nachdem es der/die EmpfängerIn gesehen hat, gelöscht.
- 4. Darin liegt auch eine große Chance für Marken. Durch die Kurzlebigkeit der Inhalte können sich Fehltritte nicht so schnell verbreiten wie etwa in der sehr öffentlichen Welt von Twitter.
- 5. Marken wie Dove, Mondelez, Taco Bell, Vice oder MTV nutzen Snapchat, um die junge Zielgruppe der Unter-20-Jährigen zu erreichen. Die Kampagnen vermitteln einen unverfälschten Einblick in die Entstehung von Werbeclips, fordern zur Reaktion auf und bleiben dabei lässig und entspannt. Einzelne Kampagnen werden über eine Million Mal pro Tag angesehen.

Die Story hinter Snapchat:
Evan Spiegel heuerte nach der High School bei Red Bull an und machte dort ein unbezahltes Praktikum. Neben einigen Design-Kursen verbrachte er ein paar erfolglose Semester an der Stanford University. 2012 verließ er das Institut, um sich komplett auf Snapchat zu fokussieren. Sein Instant-Messaging-Dienst unterscheidet sich durch die extreme Kurzlebigkeit der Video-Clips von anderen AnbieterInnen – bereits nach zehn Sekunden werden die Inhalte entfernt. Vor allem die Jungen stürmen das Portal: 60 Prozent aller AmerikanerInnen unter 18 Jahren nutzen den Dienst beinahe täglich. Snapchat ist aktuell knapp 20 Milliarden Dollar wert. Auf der Forbes-Liste 2016 wird das Vermögen von Evan Spiegel mit rund 2,1 Milliarden US-Dollar angegeben; damit belegt er Platz 854 auf der Forbes-Liste der reichsten Menschen der Welt.

Goodbye, Plastik-Ära

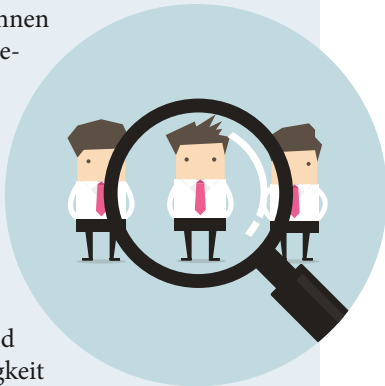
Plastik ist ein fester Bestandteil in unserem Alltag, doch wir alle kennen die damit verbundenen Probleme für Umwelt und Ressourcen. Allein in Österreich wurden 2015 156.000 Tonnen Plastikmüll erzeugt. Die nachhaltigeren Alternativen zu Plastik waren bisher für Unternehmen eher unwirtschaftlich, da sie schwerer zu verarbeiten sind und kostenintensive Produktionsprozesse erfordern. Allerdings wurden nun natürliche Rohstoffe entdeckt, die in ihrer Struktur Plastik ähnlich sind und zeigen, wie eine Zukunft ohne Erdöl aussehen kann:



- Bambus: Mit einer Wachstumsgeschwindigkeit bis zu drei Metern pro Tag ist die Bambuspflanze einer der effizientesten Rohstofflieferanten, der zusätzlich Kohlendioxid bindet.
- Kautschuk aus Löwenzahn: Das „Unkraut“ lässt sich in Auto- und Fahrradreifen verarbeiten und führt zu regionalerem Wirtschaften.
- Liquid Wood: Dieser Stoff wird aus den Abfällen der Papierindustrie gewonnen und eignet sich durch die leichte Formbarkeit für die Herstellung von Alltagsgegenständen wie Boxen und Spielzeug.

Recruting 2.0

Der Arbeitsmarkt stellt Human-Ressources-Abteilungen vor neue Herausforderungen. Für viele gut ausgebildete BewerberInnen ist die Frage ‚Was tut das Unternehmen für mich‘ zentral. Sie streben nach einem sinnhaften und verantwortungsvollen Job, der gleichzeitig Platz für Werte wie Familie und Ehe lässt. Unternehmen müssen in Zukunft vermehrt auf die veränderten Motivationsmechanismen reagieren, um BewerberInnen anzulocken. Neben dem Angebot von Förderprogrammen, Möglichkeiten zu Auslandsaufenthalten und flexiblen Arbeitszeiten umfasst das auch die externe Kommunikation. Unternehmen erklären in der Öffentlichkeit, was sie – unabhängig von finanziellen Aspekten – tun und setzen auf soziale Nachhaltigkeit und Wertschöpfung.



Trust friends banking?

Überweisungen zwischen Privatpersonen finden mittlerweile vermehrt in digitaler Form statt und verändern die Art, wie Menschen mit Geld umgehen. Immer mehr KonsumentInnen nehmen ihre Geldgeschäfte nach dem Peer-to-Peer-Prinzip (P2P) selbst in die Hand und erledigen Kreditgeschäfte über Plattformen wie prosper.com im Do-it-yourself-Verfahren. Nach dem Motto „Trust your friends, not only banks“, leihen sich Freunde und Gleichgesinnte Geld aus und verdeutlichen, dass unkomplizierter Geldtransfer künftig noch wichtiger wird. Eines zeichnet sich schon jetzt ab: Finanzmanagement nach Social-Media-Manier wird auf Dauer den Einfluss von Staat und Banken zurückdrängen und das Machtgefüge zugunsten der KundInnen verschieben.



EDITORIAL

Liebe Leserin, lieber Leser,

Zukunftsfragen sind im Zeichen des Wandels von Wirtschaft und Gesellschaft aus guten Gründen fester Bestandteil der öffentlichen Diskussion geworden. Wer den Anspruch hat, wichtige gesellschaftliche Entwicklungen rechtzeitig zu erkennen, kann sie in den kommenden Jahren auch steuern und beeinflussen.

Prozesse wirtschaftlichen Wandels treffen selten alle gleich. Besonders Unternehmen müssen immer auf der Hut sein: In unserem Leitartikel auf Seite 6 blicken einige Unternehmer sowie Zukunftsforscher Matthias Horx in die Zukunft und schildern für uns die Trends in Wirtschaft, Arbeit und Politik in Österreich.

Eine Frage liegt bei dem Thema, wie es in Zukunft weitergehen wird, nahe: Brauchen wir neue Konzepte, und vor allem, wie setzen wir sie um? Die strategischen Schwerpunkte der künftigen Sparkassenpolitik wurden in Linz bekräftigt: Ausbau der Hausbankenfunktion, Innovationsführerschaft, die bewusste Reduktion der Komplexität im Bankgeschäft. Im Zentrum stand die Finanzierung der Klein- und Mittelbetriebe in Österreich. Die Herausforderungen sind auf Seite 12 beschrieben.

Vor einem elementaren Wandel befindet sich auch die Tourismusbranche. Digitalisierung, individuelle Kundenwünsche und starke Konkurrenz aus dem Ausland erfordern Flexibilität. Dem gegenüber steht die absurde Bürokratie, die Eigeninitiativen der Hoteliers bestraft anstatt sie zu fördern. Unser Autor erklärt auf Seite 14, was das Tourismusherz schwer macht.

Dass man die Zukunft auch positiv beeinflussen kann, das zeigen unser Artikel über Mobile Payments und das Portrait der 13-jährigen Fußballerin Lara Felix.

Schönes Lesevergnügen wünscht Ihnen

das [ʃpa:rkassən] Redaktionsteam

Von Stephan Scoppetta

ALLES AUF START

Österreichs Wirtschaft kränkelt. Die Arbeitslosigkeit ist hoch, die Wachstumsraten sind noch immer niedrig. Was muss passieren, um das Land wieder auf die Überholspur zu bringen? ExpertInnen, Wirtschaftsbosse und ZukunftsforscherInnen bieten Lösungen für eine erfolgreiche Zukunft Österreichs.

Am 17. Mai 2016 war es soweit: Christian Kern wurde von Bundespräsident Heinz Fischer als neuer Bundeskanzler angelobt. In seiner Antrittsrede sprach der smarte Manager von einem „New Deal“ für die Wirtschaft. Arbeitsplätze sollten geschaffen werden, und er wolle Österreich bis 2025 zurück auf die Überholspur bringen. Für Kern ist die größte Wachstumsbremse die schlechte Laune in der Bevölkerung. Der neue Kanzler bringt neuen Schwung ins Land, und das zeigt sich auch an seiner Beliebtheit: Laut einer Studie des Wochenmagazins „profil“ vom Juni würde Christian Kern in einer fiktiven Kanzler-Direktwahl auf beachtliche 27 Prozent kommen und damit erstmals seit Juli 2015 FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache (17 Prozent) vom ersten Platz ablösen. Doch was muss passieren, damit nach bereits acht proklamierten Regierungs-Neustarts in den vergangenen acht Jahren frischer Wind in die heimische Wirtschaft kommt? Das Sparkassen-Magazin hat bei jungen und bei etablierten UnternehmenslenkerInnen, bei ExpertInnen und einem Zukunftsforscher nachgefragt, wie man Österreich wieder auf Kurs bringt.

AUF SCHLEICHWEGEN NACH OBEN

Erst vor wenigen Tagen präsentierten Wifo und IHS ihre Wirtschaftsprognosen für das Gesamtjahr 2016. Dabei meinte Wifo-Chef Karl Aiginger: „Österreich schleicht sich

langsam aus der Krise nach oben heraus.“ Auch IHS-Experte Helmut Hofer ist verhalten optimistisch: „Die Konjunkturerholung festigt sich. Wir wachsen wieder gleich schnell wie die Eurozone.“ Doch die Arbeitslosenquote bleibt hoch. Laut Wifo wird sie in diesem Jahr auf 9,2 und 2017 sogar auf 9,6 Prozent klettern. Auch Herwig Schneider, Leiter des Industriewissenschaftlichen Instituts (IWI), sieht große Herausforderungen für die Zukunft: „Österreich ist ins europäische Mittelmaß abgerutscht, und jetzt bewegen wir uns bestenfalls seitwärts. Schade, denn das kostet uns viele Arbeitsplätze und damit Wohlstand.“

SCHRECKSEKUNDE MASCHINEN-STEUER

Auch wenn der neue Kanzler kurz den Gedanken einer Maschinen-Steuer gefasst hat, so scheint diese zum Glück wieder vom Tisch. IWI-Chef Schneider: „Gerade hinsichtlich stagnierender Investitionen wäre eine Maschinen-Steuer oder Wertschöpfungsabgabe das absolut falsche Signal. Eine Wertschöpfungsabgabe würde zudem den technischen Fortschritt bremsen und sich ungünstig auf die Produktivität, den Reallohn und die Investitionstätigkeit in Österreich auswirken.“ Zudem stünden gerade jetzt wichtige Investitionen im Zuge von Industrie 4.0 und einer europaweiten Digitalisierung an. Würde man diese durch eine Wertschöpfungsabgabe verteuern, würde man die Wettbewerbsfähigkeit ös-

terreichischer Unternehmen abermals schwächen. Auch die Idee einer Arbeitszeitverkürzung kommt bei den Ökonomen weniger gut an. IHS-Experte Hofer: „Ein Wirtschaftswachstum, das nicht erzielt wird, kann auch nicht verteilt werden.“

FÜNF-PUNKTE-ARBEITSPLAN

Christian Kern und Vizekanzler Reinhold Mitterlehner (ÖVP) haben sich in einem Fünf-Punkte-Arbeitsplan auch zur Aufgabe gemacht, schnell zu handeln. Sie wollen in den nächsten Monaten in den Bereichen Wirtschaft und Arbeitsmarkt, Innovation und Forschung, Entbürokratisierung, Bildung sowie Asyl, Integration und Sicherheit Programme vorlegen, die schnelle Hilfe versprechen. Wie die einzelnen Programme im Detail aussehen werden, ist noch nicht abzuschätzen. Doch anders als andere Regierungen will man das Rad nicht neu erfinden, sondern auf die vielen bereits vorliegenden Inputs von Rechnungshof, Bildungsarbeitsgruppen und sonstigen Projektgruppen zurückgreifen.

AUS DEM INVESTITIONSTIEF

Wenn es nach den ÖkonomInnen geht, braucht es schnell greifende und hochwirksame Maßnahmen. IWI-Chef Schneider: „Wichtig wären jetzt Investitionsanreize für heimische Unternehmen, um die wirtschaftlichen Aktivitäten zu pushen. Zum Beispiel würde eine vorzeitige Abschreibung von Investitionen in Wirtschaftsgüter die Investitionstätigkeit ankurbeln und Arbeitsplätze schaffen.“ Doch mittel- bis langfristig müssen die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen grundsätzlich optimiert werden. Auch eine Idee, die besonders den Start-ups neuen Schub geben würde, ist ein Beteiligungsfreibetrag von 100.000 Euro für private InvestorInnen, die sich an Neugründungen oder KMU

beteiligen. Nahezu alle heimischen Wirtschaftstreibenden fordern vor allem Entbürokratisierung und Deregulierung. Nur so könnten Unternehmen schnell auf geänderte Rahmenbedingungen reagieren und im Wettbewerb bestehen.

BILDUNG BRAUCHT VERÄNDERUNG

Das große Zukunftsthema ist eine Bildungsreform in Österreich. Im Juni konnte bereits ein kleiner Erfolg mit dem Beschluss des Schulrechtspakets erzielt werden, das den Schulen mehr Autonomie und Gestaltungsspielraum gibt, doch der große Wurf fehlt noch. Noch immer lähmt das Kompetenzgerangel zwischen Bund und Ländern eine echte Bildungsreform. Zudem sind die Fronten gerade im Bildungssektor emotional besetzt. Ob es die neue Regierung hier schafft die Weichen auf Zukunft zu stellen, bleibt abzuwarten. Was hingegen sicher ist: Die Wirtschaft braucht gut ausgebildete MitarbeiterInnen, und die fehlen derzeit in vielen Sektoren.

NULL-ZINS-POLITIK ALS CHANCE

Lässt die Null-Zins-Politik der Europäischen Zentralbank besonders bei den SparerInnen wenig Freude aufkommen, so freut sie andererseits den Staatshaushalt. 2005 musste die Republik Österreich noch rund zwölf Prozent der Steuereinnahmen für die Zinslast der Staatsschulden ausgeben, 2015 waren es nur noch acht Prozent. IWI-Chef Schneider: „Hier spart sich die Republik jedes Jahr Milliarden Euro. Diese frei werdenden Mittel sollten natürlich auch für die Senkung der Staatsverschuldung verwendet werden, aber auch für den Bildungs- und Forschungsbereich. Zudem könnte man damit enorme Investitionsanreize für die heimische Wirtschaft setzen.“



Hans Roth, Unternehmensgründer und Aufsichtsratsvorsitzender Saubermacher Dienstleistungs AG

Das Unternehmen beschäftigt rund 3.200 MitarbeiterInnen in acht Ländern, ist Komplettanbieter in der Entsorgung und Verwertung gefährlicher und nicht gefährlicher Abfälle und betreut rund 42.000 KundInnen und 1.600 Kommunen.

„Österreichische Unternehmen sind in vielen Bereichen bereits Weltklasse, und es muss nicht immer alles neu erfunden werden. Was die heimischen Unternehmen aber brauchen, sind Exportinitiativen. Eine weitere Möglichkeit, Impulse für den Wirtschaftsstandort zu setzen, wären PPP-Modelle. Diese Partnerschaften zwischen Kommunen und privaten Unternehmen belasten das Budget nicht und schaffen gleichzeitig Arbeitsplätze. Hier müssen die öffentlichen Stellen einfach mehr Vertrauen zu den privaten Unternehmen haben und nicht immer mit Vorbehalten in solche Partnerschaften

gehen. Zudem würde ich mir wünschen, dass endlich Bewegung in die Themen Bildung, Forschung und Entwicklung und auch in die überbordende Verwaltung reinkommt. Gerade die Bürokratie ist lähmend für die heimische Wirtschaft. Es sind die vielen kleinen bürokratischen Hürden, die heimische UnternehmerInnen wirklich frustrieren. Lange Genehmigungsverfahren, zahllose und unsinnige Verwaltungsakte und über die Bundesländer hinweg nicht abgestimmte Verwaltungsregeln, die uns das Leben schwer machen.“

Martin Gerhardus, Geschäftsführer und Mitbegründer von „MyPlace-SelfStorage“

Der Spezialist für die Vermietung von Lagerräumen hat den Hauptsitz in Wien und ist in Österreich, Deutschland und der Schweiz aktiv. Insgesamt beschäftigt das Unternehmen 137 MitarbeiterInnen und betreut 25.800 KundInnen.



Foto: Constantin Simon - NIXE Bier



Constantin Simon, Mitbegründer von NIXE Bier und Die Lieferei
Zuerst war er Model und lebte in Mailand und Berlin. Er gründete bereits einen Online-Schuhversand und verkaufte ihn erfolgreich. 2012 startete er mit

„Österreich ist für uns ein guter Standort, denn wir haben Rechtssicherheit und gut ausgebildete MitarbeiterInnen. Zudem sind die ÖsterreicherInnen ein fleißiges Volk, das auch etwas weiterbringen will. Doch in den letzten Jahren ist der Konjunkturmotor ins Stocken geraten, denn die Wirtschaft wird in ausufernder Bürokratie erstickt. Der Gedanke, dass die Verwaltung dem Volk und nicht sich selbst dient, scheint oft in den Hintergrund getreten zu sein. Es gibt zahlreiche Behinderungen von Seiten der Verwaltung, die nicht notwendig sind und nur wirtschaftshemmend wirken. Ich erwarte mir vom Staat nicht, dass er direkt Jobs schafft, sondern dass er die Rahmenbedingungen so gestaltet, dass Unternehmen wieder Jobs schaffen können. Hält dieser Servicegedanke am Volk wieder Einzug in Politik und Verwaltung, dann werden wir auch mit dem Wirtschaftswachstum kein Problem mehr haben.“

NIXE Brau: Das österreichische Start-up aus Wien braut das Low-Carb-Bier „NIXE Extra Dry“. Simon ist außerdem Gründer des alternativen Getränkeversands Die Lieferei. „Grundsätzlich bin ich damit zufrieden, wie es in Österreich läuft. Aber die Bürokratie ist gerade für JungunternehmerInnen eine echte Hürde. Sie frisst große Ressourcen, die wir viel sinnvoller in eine Geschäftsentwicklung stecken könnten. Gerade beim Thema Förderungen braucht es dringend mehr Transparenz und eine Entschlackung des bürokratischen Aufwands. Sehr schlecht sind in Österreich die Rahmenbedingungen bei Investitionen und Beteiligungen. Die meisten Start-ups haben Schwierigkeiten bei Beteiligungen ab einem Volumen von einer Million Euro. Viele lösen das Problem bisher dadurch, dass sie in Großbritannien oder Deutschland eine eigene Firma gründen, weil es dort deutlich bessere steuerliche Voraussetzungen für InvestorInnen gibt. Es braucht hier dringend Beteiligungsfreibeträge und ein deutlich freundlicheres Klima für InvestorInnen, dann würde man der Start-up-Szene einen echten Schub geben. Besonders mühsam ist in Österreich übrigens das Notariatswesen. Kann in Großbritannien ein Bürokollege als Zeuge auftreten, braucht es hierzulande einen komplizierten und vor allem teuren Notariatsakt sowie eine Zwangsschaltung in der Wiener Zeitung. InvestorInnen aus den USA und Großbritannien das zu erklären, ist immer eine Herausforderung.“

DAS 185-MILLIONEN-EURO-START-UP-PAKET DER REGIERUNG

Die neue Regierung hat zu Sommerbeginn das große Start-up-Paket verabschiedet. Es umfasst Maßnahmen im Rahmen von 185 Millionen Euro für die nächsten drei Jahre. Bis 2020 soll dieses Paket 50.000 Neugründungen auslösen und bis zu 15.000 neue Jobs schaffen. Hier ein Überblick über die wichtigsten Punkte des neuen Start-up-Pakets:

ENTLASTUNG BEI LOHNNEBENKOSTEN
Die ersten drei Mitarbeiter von innovativen Start-ups sollen für drei Jahre von den Dienstgeberbeiträgen entlastet werden. Dabei werden diese im ersten Jahr zu 100 Prozent, in den darauf folgenden Jahren zu zwei bzw. zu einem Drittel ersetzt. Pro Jahr soll das etwa 30.000 Euro Ersparnis bringen und die Lohnnebenkosten eines neu gestarteten Unternehmens um bis zu 25 Prozent reduzieren.

RISIKOKAPITALPRÄMIE FÜR INVESTORINNEN
Unterstützt werden kumulierte Investitionsbeträge von bis zu 250.000 Euro pro Jahr, wobei maximal 20 Prozent des Beteiligungsbetrags rückerstattet werden. Das soll Beteiligungen von PrivatinvestorInnen an Jungunternehmen fördern. Das Programm wird durch die aws abgewickelt. Die Einreichung erfolgt online über den aws-Fördermanager. Bezugsfähig sind natürliche und juristische Personen, aber keine Fonds.

STÄRKUNG DER AWS-GARANTIEN
Derzeit übernimmt die Förderbank aws pro Jahr Garantien im Ausmaß von rund 200 Millionen Euro. Dieses Volumen soll auf Basis neuer Vergabekriterien um 100 Millionen Euro aufgestockt werden. Das soll Unternehmen zusätzliche Investitionen in Innovation und Wachstumsprojekte in Höhe von 350 Millionen Euro ermöglichen.

NEUE RECHTSFORM MITTELSTANDSFINANZIERUNGSGESELLSCHAFT (MIFIG)
Für PrivatinvestorInnen soll es attraktiver werden, Risikokapital für Klein- und Mittelbetriebe zur Verfügung zu stellen. Für InvestorInnen in einer MiFiG gibt es bis zu 15.000 Euro Steuerbefreiungen für Ausschüttungen. Die maximale Beteiligungshöhe pro Zielgesellschaft wird von 1,5 auf 15 Millionen Euro pro Zielgesellschaft und Beteiligungszeitraum erhöht.

PATENT-CHECKS FÜR START-UPS
Start-ups erhalten eine Gutschrift von 10.000 Euro für Leistungen der Patentämter in Österreich, Deutschland und der Schweiz. Die Gutschrift entspricht 80 Prozent der Leistung, 2.500 Euro sind vom Start-up zu bezahlen. Zudem sollen neue Regelungen einen frühen Schutz von „geistigem Eigentum“ gewährleisten.

INTERVIEW

Foto: Klaus Vyhuldek



„NICHT DIE NERVEN VERLIEREN“
Der Zukunftsforscher Matthias Horx über die Zukunft der Arbeit und warum wir in Krisen Chancen sehen müssen.

HERR HORX, DIE KRISE SCHEINT HEUTE ALLGEGENWÄRTIG. MÜSSEN WIR LERNEN DAMIT ZU LEBEN?
Matthias Horx: Es ist entscheidend, dass wir Krisen auch als Erfahrung lesen können, in der sich etwas verändert. Man soll nicht immer nur Angst vor Krisen haben, sondern in sie reingehen, sie akzeptieren. Man muss die Chance sehen und darf die Nerven nicht verlieren. Es beginnt bei der Politik und zieht sich bis ins private Leben hinein. Wenn wir uns mit der Zukunft beschäftigen, wird es darum gehen, wie wir es jetzt schaffen wieder mehr die Chancen und Lösungen zu sehen.

ABER ES GIBT IMMER MEHR ARBEITSLOSE UND DAS WÄCHST SICH ZU EINEM RIESIGEN PROBLEM AUS.
Horx: Die Dimensionen sind massiv übertrieben. Wir haben in Österreich einen Arbeitsmarkt, der durch Verhärtungen und nicht durch Flexibilität geprägt ist. Wir verzeichnen leicht steigende Arbeitslosenquoten, die aber nichts zu tun haben mit diesen apokalyptischen Vorstellungen, die man früher immer hatte. In Deutschland sehen wir seit vielen Jahren sinkende Arbeitslosenquoten, das liegt an einer Flexibilisierung von Arbeit.

WAS BEDEUTET DAS?
Horx: Immer mehr Menschen werden eben nicht mehr diese Normarbeitszeiten wie früher haben. Lebenslang bei einer Firma, acht Stunden am Tag. Die Arbeitswelt wird sich geschmeidiger gestalten. Wir wissen im Grunde, wie es geht, wir müssen nur aufhören, auf Probleme zu starren. Wenn wir das Lösungsdenken verweigern und immer nur Probleme festnageln, kommen wir keinen Meter weiter.

IST DIESE ANGST ALSO UNBEGRÜNDET?
Horx: Wir diskutieren es immer so, wie es uns die Alarmisten vorgeben. Nämlich so, dass demnächst alle Arbeitsplätze abgeschafft werden. Und zwar auch die ganz besonderen: die PsychologInnen, die DoktorInnen. Ich habe mir einmal angeschaut, welche Jobs sich wie abschaffen sollen. Das Denkmodell dahinter geht in Richtung einer industriellen Weltbetrachtung, wo man bei einem Barman denkt, dass die Tätigkeit die ist, hinter der Bar zu stehen. Wenn sie das glauben, dann können sie ihn in der Tat durch einen Roboter ersetzen. Es hat aber viel mit menschlichen Beziehungen zu tun, das wird in diesen Modellen oft vernachlässigt.

WIE WEIT UND IN WELCHEN BEREICHEN WERDEN DIE MASCHINEN DIE ARBEIT DER MENSCHEN TATSÄCHLICH ÜBERNEHMEN KÖNNEN?
Horx: Wir können davon ausgehen, dass alles, was maschinisierbar ist, auch maschinisiert wird. Also jede Arbeit, die wiederholend und redundant ist. Wo menschliche Kreativität oder Kommunikation nicht vorkommt, werden früher oder später Maschinen eingesetzt. Aber gleichzeitig entstehen immer mehr komplexere Dienstleistungen, Wissens- und Kommunikationsarbeit. Wo etwas wegfällt, wird an anderer Stelle etwas Neues entstehen. Die Frage ist aber, ob wir immer gleich übertreiben müssen. Seit es die Industriegesellschaft gibt, haben wir die Vermutung, dass die Arbeitsplätze wegfallen. Aber es gibt offensichtlich diesen Adaptionsmechanismus im modernen Gesellschaften, dass immer neue Jobs entstehen.

ARBEIT UND PRIVATLEBEN VERSCHMELZEN IMMER MEHR. LIEGT HIER DIE ZUKUNFT?
Horx: Es entstehen Mischformen aus Wohn- und Arbeitsgemeinschaften. Die ständige Erreichbarkeit und die Zeitstrukturierungs-Problematik sind natürlich irre. Hier muss man das Prinzip weiterentwickeln, Stufen von Rückzugsmöglichkeiten schaffen. Heimarbeit allein kann furchtbar unproduktiv sein, weil man dauernd abgelenkt ist. Aber man kann das lernen, durch ein bisschen Architektur und eine innere Disziplin.

WIR WERDEN ALSO ALLE BALD VON ZU HAUSE AUS ARBEITEN?
Horx: Wir gehen davon aus, dass die Büroarbeitsform der Zukunft so sein wird, dass man zwei, zwei, eins mixt. Zwei Tage ist man unterwegs und arbeitet dort. Zwei Tage ist man im Büro, weil man Menschen braucht, mit denen man auch kommuniziert, und einen Tag arbeitet man zu Hause. Diese Mischung stellt sich so her, weil wir komplexe Wesen sind. Wir haben all diese Bereiche, wenn man das geschickt und richtig mixt, dann funktioniert es.

WIE SEHEN SIE DIE ALLGEMEINE ENTWICKLUNG DER EU?
Horx: Ich bin ein glühender Vertreter der EU, ich würde gerne einen europäischen Pass haben, damit dieses Theater aufhört. Die Frage ist, ob diese Nationalstaaten noch beschreiben, was in der modernen globalen Gesellschaft passiert. Da haben wir in den nächsten Jahrzehnten noch blutige Erfahrungen mit Renationalisierung vor uns. Wir waren wahrscheinlich die letzten 20 Jahre zu euphorisch. Diese Idee, dieses plötzlich geborene Europa haben wir ein bisschen blauäugig gesehen und da sind viele Hausaufgaben auch nicht gemacht worden. Die Flüchtlingskrise ist in der Tat eine, die uns gezeigt hat, dass wir Europa in dem Punkt wirklich zusammenführen müssen, sonst wird es nicht funktionieren.

Von Milan Fröhbauer

„WIR ERLEBEN DEN PER- FEK- TEN STURM“

SEIT JAHRESBEGINN IST FRANZ PORTISCH GENERALSEKRETÄR DES ÖSTERREICHISCHEN SPARKASSENVERBANDES. DER VOLKSWIRT HAT DIE OPERATIVE LEITUNG DER INTERESSENSVERTRETUNG DER SPARKASSENGRUPPE IN BEWEGTER ZEIT ÜBERNOMMEN. IM GESPRÄCH MIT DER SPARKASSENZEITUNG SPRICHT ER UNTER ANDEREM ÜBER NULLZINSPOLITIK, ÜBERREGULIERUNG UND DIE STRATEGISCHE POSITIONIERUNG DER SPARKASSEN IM KÜNFTIGEN WETTBEWERB.

Sparkassenzeitung: Herr Portisch, was ist aus Ihrer Sicht die wichtigste Funktion des Sparkassenverbandes in der Zukunft?

Portisch: Alle heimischen Sparkassen sind Mitglieder des Verbandes, es geht in erster Linie um den Ausgleich der Interessen. Eines der gravierendsten aktuellen Probleme ist die Überregulierung. Das betrifft sowohl die Vorgaben der nationalen wie auch jene der internationalen Regulatoren. Die Belastungen, die aus diesen Regulativen entstehen, sind enorm, unabhängig von der jeweiligen Betriebsgrößen-Struktur des Instituts. Als Sparkassenverband ist es unser erklärtes Ziel Proportionalität einzufordern. In Brüssel bei der EZB ebenso wie bei der heimischen Bankenaufsicht.

Der jüngste Sparkassentag in Linz stand im Zeichen der KMU-Finanzierung. Die Sparkassen betonen, dass sie die Kreditbedürfnisse der Klein- und Mittelbetriebe derzeit problemlos befriedigen können. Dennoch geistert das Gespenst der „Kreditklemme“ herum. Ein Widerspruch?

Portisch: Das ist eine Frage der Definition von Kreditklemme. Hätte jemand, der gegenwärtig keinen Kredit bekommt, einen solchen vor zehn Jahren bekommen? Das muss man sich im Einzelfall sehr genau ansehen. Es stimmt allerdings, dass wir in fast täglicher Diskussion mit der Finanzmarktaufsicht betonen müssen: Jedes zusätzliche Regulativ hat Auswirkungen auf die Struktur des Kreditgeschäfts und somit auch konjunkturelle Implikationen. Hier gibt es noch viel Überzeugungsarbeit zu leisten.

Seit dem Höhepunkt der Finanzkrise ist die Kritik an Banken etwas schwächer geworden. Ist das auch Ihr Eindruck?

Portisch: Die Einstellung gegenüber Standpunkten der Kreditwirtschaft wird verständnisvoller. Das merken wir auch in der medialen Berichterstattung über die Bankensteuer in Österreich. Hier beginnt die Einsicht zu greifen, dass es sich um eine steuerliche Belastung handelt, die der Wirtschaft mehr schadet als sie zum Beispiel dem Budget nützt.

In Sachen Reform der Bankensteuer hat sich in den vergangenen Monaten politisch doch einiges getan. Wohin geht die Reise?

Portisch: Es gab gute laufende Kontakte mit der Regierung und ich hoffe sehr, dass auch unter dem neuen Bundeskanzler diese Gespräche konstruktiv und zügig weitergehen. Eine ersatzlose Abschaffung der Bankensteuer wird es aus fiskalpolitischen Gründen wohl derzeit nicht geben. Deshalb streben wir an, dass die Höhe der Belastung aus der Bankensteuer in Zukunft anteilmäßig etwa jenem Volumen entspricht, das auch in Deutschland von der Kreditwirtschaft getragen werden muss. Konkretere Aussagen sind derzeit schwierig.

Die Digitalisierung beschäftigt selbstverständlich auch die Kreditwirtschaft. KritikerInnen meinen, die Ausdünnung der Filialnetze bei gleichzeitiger Forcierung der Online-Dienste könnte zu Problemen für die KundInnen führen.

Portisch: Wir erleben derzeit den perfekten Sturm. Die Niedrigzinspolitik wirkt sich negativ aus, gleichzeitig untergraben die härteren Vorgaben der Regulierer die Geschäftsmodelle, und junge agile Finanztechnologiefirmen sind wendige Konkurrenten um Marktanteile geworden. Wir sind in der glücklichen Position, dass wir agieren können und in diesem Wettbewerbsumfeld selbstsicher auftreten können. Selbstverständlich

erwarten die KundInnen auch von den Sparkassen beides, also die persönliche Beratung und die digitalisierte Dienstleistung, wenn man etwa an das digitale Bankingkonzept von George denkt. Die einfachere Dienstleistung wird wohl zunehmend digital abgewickelt werden, aber jeder, der eine maßgeschneiderte Beratung wünscht, wird diese bei seiner Sparkasse erhalten.

Die Null-Zins-Politik der EZB stößt mittlerweile quer durch Europa auf intensiver werdende Kritik in der Bankenwelt. Rechnen Sie mit einer Änderung dieser Politik im Herbst?

Portisch: Im Herbst welchen Jahres? Im Ernst: Der EZB fällt es nicht so leicht anzuerkennen, dass dieses Instrumentarium – mittlerweile halten wir ja schon bei Negativzinsen – nicht greift. Die Konjunktur ist nicht im erwünschten Ausmaß angesprungen. Denn die EZB hat offensichtlich die psychologische Komponente des Wirtschaftens völlig unterschätzt. Auch wenn die Zinsen historisch niedrig sind, die Stimmung potenzieller Investoren ist sehr gedämpft. Sie fragen sich nämlich, wie schlecht geht es der Wirtschaft insgesamt, wenn nicht einmal die Null-Zins-Politik zum Investitionsschub führt? Ich bin der Überzeugung, dass eine Zinserhöhung mehr Vertrauen und somit einen Konjunkturaufschwung mit sich bringen würde. Sie wäre auch für die PrivatkundInnen ein längst überfälliges Signal, dass es wieder die Möglichkeit gibt, private Vermögensbildung zu betreiben, und sich lebenslanges Sparen lohnt. Allein damit ist es aber nicht getan, die Politik ist auch gefragt, fiskalpolitische Schritte zur Erholung einzusetzen.

Die gegenwärtige Zinslage wäre doch der ideale Nährboden für andere Formen der Kapitalveranlagung.

Portisch: Vielleicht in der Theorie, aber Österreich ist kein Land der Risikokapital-Aufbringung. Auch beim Crowdfunding ist vielen offensichtlich nicht bewusst, dass sie Risikokapital zur Verfügung stellen, das im Ernstfall verloren gehen kann. Viele Zusammenhänge, die wir aus den Lehrbüchern kennen, stimmen derzeit einfach nicht mehr. Niedrigste Zinsen sind kein Stimulator für mehr Investition, das Null-Zins-Umfeld beflügelt die Aktienmärkte nicht im erwarteten Ausmaß und die Sinnhaftigkeit des Sparens wird – ausgerechnet von den obersten Währungshütern – diskreditiert.

Abschließend: Wie sehen Sie die strategische Positionierung der Sparkassen im kreditwirtschaftlichen Wettbewerbsumfeld?

Portisch: Wir handeln aus einer Position der Stärke: Die Sparkassen haben bereits viele Strukturreformen hinter sich. Wir haben mit dem Haftungsverbund die Verbindung der Vorteile zwischen zentralen und dezentralen Strukturen sehr gut organisiert und auch umgesetzt. Die heimischen Sparkassen sind für die Anforderungen der Märkte in den kommenden Jahren gut gerüstet. Das hat sich in steigenden Marktanteilen und auch in einer verbesserten Ertragslage dokumentiert. Während also andere noch mit sich selbst und ihren künftigen Strukturen beschäftigt sind, haben die österreichischen Sparkassen einen großen Teil ihrer Hausaufgaben weitgehend schon erledigt.

Dies ist auch die Basis, um unsere Aufgaben und Verpflichtungen im Bereich der Gemeinwohlorientierung weiterhin im Sinne unseres Gründungsauftrages umzusetzen, was die Sparkassen in eindrucksvoller Art und Weise tun.

Von Milan Frühbauer

NEW DEAL

Der dringende Bedarf für einen „New Deal“ mit der Politik und die neuen Fesseln durch überbordende Regularien für Banken: Der diesjährige Sparkassentag in Linz legte den Finger gleich auf mehrere Wunden. Die heimischen Sparkassen bekannten sich zur KMU-Finanzierung. Doch der zentrale Appell an Politik und Regulatoren lautet: Proportionalität.

Wirtschafts- und Sozialreformen, das ist es, was ein Land benötigt, wenn widrige wirtschaftliche Bedingungen dies einfordern. Wie im krisengebeutelten USA der 30er Jahre, als der New Deal als Antwort auf die Weltwirtschaftskrise durchgesetzt wurde – eine Reihe von Maßnahmen, die kurzfristig die Not lindern und langfristig die Wirtschaft beleben sollten. Das tat der New Deal, der der keynesianischen Konjunkturpolitik entsprach auch, zugleich stiegen dadurch auch die Staatsschulden enorm an.

„Unsere Hauptaufgabe ist es nicht, Risikoberichte an die EZB zu verfassen, sondern Kredite zu vergeben“, formulierte Thomas Uher, Vorstandsvorsitzender der Erste Bank Oesterreich das regulatorische Unbehagen. Allein sein Institut habe bisher nicht weniger als 560 Anfragen der EZB zu beantworten gehabt. Verbandspräsident Gerhard Fabisch konkretisierte das Phänomen Überregulierung anhand eines konkreten Wirtschaftszweigs: „Wäre die österreichische Hotellerie in den vergangenen Jahrzehnten unter Anwendung der aktuellen Regularien finanziert worden, wir hätten heute bei weitem nicht die Standards und das Serviceniveau im heimischen Tourismus.“

Die strategischen Schwerpunkte der künftigen Sparkassenpolitik wurden in Linz bekräftigt: Ausbau der Hausbankenfunktion, Innovationsführerschaft, Kooperationen im Großkundengeschäft, die bessere Nutzung der Dienstleistungen von Sektorgesellschaften und die bewusste Reduktion der Komplexität im Bankgeschäft.

Große Aufmerksamkeit bei den TeilnehmerInnen erntete Franz Schellhorn, Direktor der Agenda Austria, der sich mit der Notwendigkeit eines wirtschafts- und gesellschaftspolitischen New Deals – der seit Wochen zu den politischen Standardbegriffen der amtierenden Koalition zählt – für Österreich auseinandersetzte. „Wie ist die schlechte Laune aus den Betrieben zu vertreiben?“, so seine simple Fragestellung, die gar nicht so komplexe Antworten erfordere.

AKUTES AUSGABENPROBLEM

Schellhorn ist überzeugt: Österreich hat ein akutes Ausgabenproblem bei den öffentlichen Finanzen. Bei einer Steuer- und Abgabenbelastung von gut 44 Prozent des BIP – und damit im internationalen Spitzenfeld – wachsen die Schulden munter weiter. Seit dem Jahr 1980 habe sich zwar das nominelle BIP mehr als vervierfacht, doch gleichzeitig seien die Schulden auf fast das Elffache gestiegen. Eine „stolze Leistung“, die plastisch vor Augen führte, dass Österreich einen großen Teil der vielgerühmten sozialen Sicherheit und „Lebensqualität“ (einschließlich des nach wie vor extrem niedrigen durchschnittlichen Pensionsantrittsalters) auf Pump finanziert habe. Im vergangenen Jahrzehnt seien die Ausgaben um 35 Prozent gestiegen, während die Einnahmen um 39 Prozent zugelegt hätten. Fazit: Nach wie vor werde versucht, die Staatsfinanzen über erhöhten Steuerdruck einigermaßen im Gleichgewicht zu halten.



Schulden steigen doppelt so schnell wie die Wirtschaftsleistung



Quelle: IMF, Statistik Austria, WIFO

„Österreich hat mit dieser Politik einen Rekordstand bei der Staatsverschuldung und bei der Arbeitslosigkeit erreicht, während wir beim Wirtschaftswachstum mit Finnland und Griechenland um das Schlusslicht rittern“, sagt Schellhorn.

Der Chef des wirtschaftsliberalen Thinktanks formuliert seine Exit-Strategie in Richtung New Deal durchaus plakativ: „Schulden bremsen wie die Deutschen, Pensionen sichern wie die Schweden, Schulen reformieren wie die Holländer und den Föderalismus leben wie die Schweizer“.

Die konkreten Rezepturen „sind nicht neu, aber man muss endlich damit beginnen“. Schellhorn fordert unter anderem eine nachhaltige Durchforstung der Gewerbeordnung, die Freigabe der Ladenöffnungszeiten sowie die Beschleunigung der Firmen-Neugründungen.

Wie kann man die für Wachstum und Arbeitsmarkt dringend erforderlichen InvestorInnen zurückholen? Wichtig sei es, mit Reformen Vertrauen zurückzugewinnen. Darüber hinaus sollte die vorzeitige Abschreibung eine Renaissance erleben und schuldenfinanzierte Ausgabenprogramme sollten sich auf den Bildungsbereich konzentrieren. „Muss es uns erst wirklich so schlecht gehen wie den Schweden vor 20 Jahren, um in Österreich grundlegende Reformen anzupacken?“, so die ebenso bange wie zweifelnde Frage des Vordenkers aus der Agenda Austria. In der Regierungskoalition steht sie zumindest einmal – wenn auch verklausuliert – auf der Agenda. Bis zum Herbst sind operative Maßnahmen versprochen. Also dann!

Foto: Sparkassenverband/Norbert Novak

Von Bastian Kellhofer

WELLENREITEN

Die Tourismusbranche befindet sich vor einem elementaren Wandel. Digitalisierung, individuelle Kundenwünsche und starke Konkurrenz aus dem Ausland erfordern Flexibilität. Dem gegenüber steht eine absurde Bürokratie, die Eigeninitiativen von Hoteliers bestraft anstatt sie zu fördern.

Der Tourismus ist ein wichtiger Konjunkturmotor. Österreichs GastronomInnen erzielten 2015 38,4 Milliarden Euro Umsatz bei ausländischen TouristInnen. 135 Millionen Nächtigungen stehen zu Buche. Auch der österreichische Anteil am europäischen Tourismusmarkt und die Zahl der Beschäftigten im Tourismus stieg, und zwar um 2,6 Prozent auf 202.943 Menschen, 58 Prozent davon Frauen. 7 Prozent des heimischen BIP gehen derzeit auf touristische Nachfrageeffekte zurück. Die angeschlossenen Verbände überschlagen sich mit Meldungen über immer neue Rekordwerte. Grund zum Jubeln für eine satte, gesunde Branche?

Ein österreichischer Hotelier darf Gäste mit dem Auto zum Flughafen bringen, aber nicht zum Skilift – dafür braucht er einen weiteren Gewerbeschein. Brandschutzbestimmungen, eine Anhebung der Mehrwertsteuer, Registriertassen, Allergenverordnungen und Nichtraucherschutz haben in den vergangenen Jahren nicht gerade zum Vertrauen der UnternehmerInnen der Tourismusbranche in die Bürokratie beigetragen. „Wir sind des Öfteren einer kompletten Willkür der Beamten ausgesetzt, die sich in den Tiefen einer Gewerbeordnung von 1859 verlieren und uns durch Detailverliebtheit zur Kasse bitten“, sagt Michaela Reitterer, Chefin des Boutiquehotels Stadthalle und Vorsitzende der Österreichischen Hotelvereinigung (ÖHV). Dafür fehlt oft das Verständnis, weil die Probleme von einer ganz anderen Seite auf die Branche einprasseln. Aus Übersee nämlich, genauer: aus dem Silicon Valley.

RECHTLICHE GRAUZONEN

Airbnb und andere Plattformen der Sharing Economy, wie Wimdu, agierten bisher in einer rechtlichen Grauzone: Die VermieterInnen zahlten weder Kurtaxen noch Steuern. In Wien bietet das Kollektiv „Vienna Living“ beispielsweise „58 voll möblierte moderne Apartments in zentraler Lage für einen kurz- bis mittelfristigen Mietzeitraum als Alternative zum anonymen Hotel“. Wirtschaftsstadträtin Renate Brauner beschloss Mitte Mai eine Änderung des Tourismusförderungsgesetzes, die erreichen soll, dass die Plattformen Daten über die VermieterInnen an die Verwaltung weitergeben, um die angefallenen Abgaben besser eintreiben zu können.

Denn Wien bekommt mit Anbietern wie Airbnb gerade ähnliche Probleme wie andere europäische Metropolen: „Wir beobachten, dass internationale Investoren Wohnungen ankaufen und dann über diese Plattformen vermieten“, erklärt Brauner. Ihr gehe es nicht um die „Kriminalisierung von Kleinanbietern“, die den ursprünglichen Geist von Airbnb kultivieren, sondern darum, die Schattengewerbe einzudämmen. Ein weiteres Spezifikum, das die Website für Wien ausgibt: Zwei Drittel aller Wohnungen, die auf Airbnb gelistet sind, gehören VermieterInnen, die mehr als ein Objekt anbieten. Deshalb wurde die Strafgrenze von 420 auf 2.100 Euro angehoben. Der Stadt entgehen durch die Sharing-Plattformen jährlich rund 400.000 Euro an Ortstaxen. Airbnb sperrt sich aus Datenschutzgründen allerdings gegen die Herausgabe der Daten. Man strebe einen „kooperativen Austausch“ mit der Stadt Wien an, heißt es aus der Pressestelle, eine Weitergabe der Daten könne das auf Vertrauen basierende Geschäftsmodell gefährden.

INDIVIDUALISTEN AUF DEM VORMARSCH

Die jungen Zielgruppen reisen vermehrt spontan, viel kürzer als noch vor 20 Jahren, und betreten nur in den seltensten Fällen ein Reisebüro. Der komplette Buchungsvorgang vollzieht sich über Apps oder den Browser. Deshalb treiben im Fahrwasser der großen Konzerne wie booking.com oder eben Airbnb kleinere Start-ups die Branche vor sich her und zwingen sie zum Umdenken. Neue Aufgaben kommen auf RezeptionistInnen zu. „Reputation Management“ – die Bespielung der zahlreichen Social-Media-Kanäle, neue Buchungs-Technologien und das Erfüllen immer individuellerer Gästewünsche bezüglich Küche und Unterbringung werden in den kommenden Jahren die Spreu vom Weizen trennen. „Wer heute den Anschluss verliert, wird so schnell nicht mehr aufholen“, sagt Reitterer.

Deshalb fordert sie von der Regierung neben dem Abbau der Bürokratie auch die Installierung neuer Lehrberufe, die den Herausforderungen der Zeit gerecht werden. „Ich will nicht monatelang mit schlecht gelaunten Beamten über die Begründung meines Innenhofs streiten, sondern fordere Unterstützung bei der Einstellung junger, fähiger Leute.“ Denn vor allem die eklatant hohen Lohnnebenkosten stür-

zen die personalintensive Branche in Verzweiflung. „Ich bin keine Gegnerin von Airbnb. Ich wünsche mir lediglich Chancengleichheit, und bevor man jetzt wieder damit beginnt, nach Möglichkeiten zu forschen, den US-Konzernen die Daumenschrauben anzusetzen, wäre der andere Weg der bessere: Vereinfacht uns das Leben und trennt euch von vielen dieser widersinnigen Vorschriften, die noch aus Zeiten stammen, als man sich nationale Alleingänge leisten konnte.“

Während die großen Hotelketten mit Budget-Angeboten versuchen, auf die neue Konkurrenz zu antworten, und Kooperationen mit kleinen, individuellen Hotels in den hippen Bezirken der europäischen Großstädte eingehen, fürchten die österreichischen Betriebe fern der Ballungszentren noch ein anderes Ungemach: Bleibt in den Wintermonaten der Schnee mehr und mehr aus, verlieren die Gäste die Lust am Skifahren. Nahezu 80 Prozent der Wintergäste kommen aus diesem Grund nach Tirol, Kärnten und in die Steiermark. Die Verbände versuchen mit neuen, ganzheitlichen Angeboten diesem Trend entgegenzuwirken, aber der Klimawandel wird nicht aufzuhalten sein. Österreich braucht einen New Deal für den Tourismus, sonst droht dem Konjunkturmotor bald ernsthaft der Sprit auszugehen.



Von Stephan Scopetta

BÄUERLICHE FAMILIENBETRIEBE: AUSSTERBENDE ART?

Eine aktuelle Studie der WU Wien zeigt, dass 45 Prozent der LandwirtInnen über 50 Jahre noch keine Pläne für eine Betriebsweitergabe haben. Mehr als die Hälfte von 1.000 befragten Bäuerinnen und Bauern kämpft permanent mit finanziellen Problemen.

Die heimischen Bäuerinnen und Bauern haben es derzeit schwer: Die Preise für Milch, Fleisch und viele andere Agrarprodukte fallen ins Bodenlose und die Produktionskosten steigen durch immer schärfere Regularien. Schuld an der Misere ist die Aufhebung der Milchquoten durch die EU, aber auch das Russland-Embargo der Europäischen Union, wodurch ein wichtiger Markt für die europäischen LandwirtInnen weggefallen ist. Hinzu kommen die steigenden Unwetterschäden als Folge des Klimawandels. Kein Wunder also, dass immer mehr Bäuerinnen und Bauern ihre Betriebe einstellen und sich einen Job suchen.

Gab es laut Statistik Austria 1999 noch 217.508 landwirtschaftliche Betriebe in Österreich, so sind es heute nur noch rund 166.317. Beachtliche 51.191 Betriebe haben in nur 17 Jahren aufgegeben. „Die aktuelle Marktsituation macht den Betrieben sehr zu schaffen“, weiß Landesrat Stephan Pernkopf (ÖVP), der eine Existenzgefährdung der bäuerlichen Familienbetriebe in Österreich ortet. Die Ursachen dafür erforschte eine aktuelle WU-Studie im Auftrag der Erste Bank an 1.000 bäuerlichen Familienbetrieben in Niederösterreich.

UNGEREGLTE NACHFOLGE

Laut Studie weiß ein Großteil der Bäuerinnen und Bauern nicht, wie es mit ihren Höfen weitergeht. Beachtliche 45 Prozent der befragten LandwirtInnen haben noch keine Pläne für eine Betriebsweitergabe. Zehn Prozent der LandwirtInnen wissen bereits heute, dass sie ihren Betrieb definitiv nicht weiterführen werden. Hermann Frank, Vorstand des Forschungsinstituts für Familienunternehmen der WU Wien und Studienleiter: „Viele Bauern wollen sich die schwierigen Rahmenbedingungen und die schwache Ertragslage nicht zumuten.“ Kein Wunder, denn mehr als die Hälfte der untersuchten Betriebe hat permanent mit finanziellen Problemen zu kämpfen. Für 47,5 Prozent ist es gerade noch möglich, den laufenden Betrieb zu erhalten, für rund elf Prozent ist selbst das kritisch.

KEIN SPIELRAUM FÜR INVESTITIONEN

Unter diesen Bedingungen sind notwendige Investitionen nicht möglich. Das wiederum bremst Innovation. Studienleiter Hermann Frank: „Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass es bei landwirtschaftlichen Familienbetrieben zu einer Art Zwei-Klassen-Gesellschaft kommt.“ Nur etwas mehr als 40 Prozent können es sich leisten, ihren Betrieb weiterzuentwickeln. Der Rest kann keine Zukunftsinvesti-

tionen tätigen. Gleichzeitig weisen vier von fünf Betrieben eine große Zurückhaltung gegenüber der Inanspruchnahme von Fremdkapital auf – nur drei Prozent der Befragten geben an, ihre Möglichkeiten diesbezüglich voll ausgeschöpft zu haben, 37 Prozent nutzen diese Option gar nicht. Thomas Uher, Vorstandschef der Erste Bank Oesterreich: „Hier gibt es also viel ungenütztes Potenzial, denn grundsätzlich ist die Landwirtschaft aufgrund der verfügbaren Sicherheiten, zum Beispiel Hypotheken, ein guter Kreditnehmer.“ Zudem könnte man auch an der Kostenschraube der Betriebe einiges machen. Maximilian Hardegg, Landwirt und Initiator der Studie: „Aus meiner Sicht wäre auch eine Senkung der Produktionskosten ein wichtiger Ansatzpunkt für erfolgreiches Weiterbestehen der Betriebe. Hier könnte man Anreize für eine freiwillige Buchführung schaffen.“

Zu einem großen Übel in der Landwirtschaft entwickelt sich die Überregulierung. Hardegg: „Einerseits gibt es eine starke Abhängigkeit von Förderungen und andererseits einen steigenden bürokratischen Aufwand für die Bauern. Das senkt ebenfalls die Attraktivität des Berufs.“

KEINE BEST-PRACTICE-KULTUR

Was die Produktion betrifft, kann Österreich mit vielen Topbetrieben aufwarten. „Doch bei der Verwertung der Produkte gibt es noch viel Luft nach oben“, sagt Studienleiter Frank. LandwirtInnen müssten sich überlegen, wie sie ihre Produkte möglichst ertragreich auf den Markt bringen, sowie Abnehmer und Handelspartner vergleichen. WU-Experte Frank: „Ein Beispiel kann man sich an den heimischen WinzerInnen nehmen, die ihre Produkte sehr gut und vor allem gewinnbringend vermarkten.“



Nachfolgesituation für Befragte im Alter 50+ und 55+

SPARKASSEN HEUTE – ZWISCHEN REGIONALITÄT, GEMEINWOHL UND EU-REGULARIEN

Die regionalen Kreditinstitute dürften überzeugt haben: Ihr Widerstand gegen undifferenzierte regulatorische EU-Anforderungen ist bei politischen VerantwortungsträgerInnen angekommen. Die Vorschriften für kleinere, regional tätige Institute sollen zumindest teilweise erleichtert werden, womit der Druck zum „regulatorischen Größenwachstum“ etwas abnehmen dürfte. Dies würde sich auch positiv auf die Sparkassen und ihre institutionelle Vielfalt auswirken. Denn ihre Tätigkeit ist – in einzelnen Ländern teilweise sogar gesetzlich festgelegt – an eine Region gebunden.

Die Argumente des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA) haben Anteil an dieser Entwicklung: Dort sah man bereits Mitte 2015 bei den Sparkassen – neben den Genossenschaftsbanken – als Vorzüge ihre intensive Verbindung zur gewerblichen Wirtschaft vor Ort, ihre territoriale Verwurzelung, ein eng geknüpftes kommerzielles Netz, Kundennähe, Finanzierung bestimmter Sektoren, Nähe zu den lokalen Interessen und den sozialen Aktivitäten und Solidarität als wesentliche Kennzeichen und Unterschiede zu den privaten, vor allem kapitalgesellschaftlich verfassten Banken.

Zweifellos bleibt die Aktienbank weiterhin das Entwicklungsziel in der EU; in vielen osteuropäischen Ländern ist die Aktiengesellschaft die einzige zulässige Rechtsform für Kreditinstitute. Die italienischen Sparkassen sind bereits in Aktiengesellschaften mit Beteiligung einer Bankstiftung rechtlich überführt worden. Auch viele Sparkassen in Österreich haben von den freiwilligen Umgründungsvorschriften Gebrauch gemacht und sind Aktiengesellschaften geworden. Doch die wesentlichen Unterschiede der Sparkassen zu den privaten Aktienbanken bestehen fort: Hier halten die Sparkassen-Aktiengesellschaften ihren regionalen Bezug und ihre Gemeinwohlorientierung aufrecht,

sie sind gerade nicht börsennotiert, sondern haben einen einzigen Eigentümer, und dieser stellt seinerseits zum Beispiel im Falle einer Sparkassen-Privatstiftung die originäre Zwecksetzung einer Sparkasse auf eine breitere Basis, etwa auf den Gebieten der Pflege und Förderung des Sparkassengedankens, der Kunst, Wissenschaft und Forschung, der Wirtschaft und Technik, der Gesundheitspflege und der Fürsorge, der Kultur, des Sports und der Bildung, der Heimatpflege, der Umwelt, der Wohltätigkeit und des Naturschutzes sowie die Förderung des Gemeinwohls auf geistigem, kulturellem oder sittlichem Gebiet in jenen Regionen, die zum wirtschaftlichen Einzugsgebiet der Sparkasse gehören.

Allerdings haben sich auch Sparkassen in einigen Ländern Europas von ihren ursprünglichen Zielen entfernt und diese im Verlauf aufgegeben, sie haben sich „ökonomisiert“, indem sie Spekulationsgeschäfte eingegangen sind und in andere Regionen expandiert haben. Dadurch kam es in einigen Ländern, zum Beispiel in Spanien (Immobilienkredite) oder Italien, zu Regulierungs- und Sanierungsbedarf und setzen Maßnahmen ein, mit denen das Sparkassenmodell dort sein Profil verlor und größere, oft börsennotierte Einheiten entstanden.

Dennoch verfügen Sparkassen in der Regel über gesunde Kapitalstrukturen, da aufgrund ihrer Eigentümerstruktur entweder der erwirtschaftete Jahresüberschuss oder ein wesentlicher Teil davon zur Rücklagenstärkung zur Verfügung steht. Der übrige Teil fließt direkt oder zum Beispiel über die Sparkassen-Privatstiftung als „soziale Dividenden“ gemeinnützigen Zwecken zu.

Rechtlich sind die Sparkassen in Europa hauptsächlich, aber nicht ausschließlich privatwirtschaftlich verfasst – so gibt es etwa in Deutschland vor allem öffentlich-rechtliche Sparkassen, neben den so genannten freien Sparkassen. Sie alle verbinden aber „Finanzgeschäft und soziale Zielsetzung“. Die österreichischen Sparkassen sind im Gegensatz zu den deutschen keine öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute, sondern juristische Personen des privaten Rechts. Sie wurden von Gemeinden oder Vereinen gegründet und haben als besondere Kennzeichen die Eigentümerlosigkeit und die Gemeinnützigkeit. Den sozialen Schwerpunkt setzt vor allem auch die Zweite Sparkasse: Sie ermöglicht Menschen, die wegen Arbeitslosigkeit oder Krankheit ihre Bankverbindung verloren haben, ein Bankkonto ohne Überziehungsrahmen.

SPANNUNGSFELD UND DIE RICHTIGE GRÖSSE

Ein Spannungsverhältnis entsteht für die Sparkassen aus der Zielsetzung, einerseits die Kapitalbasis zu stärken, eine angemessene Größe zu erreichen, die territoriale Verwurzelung und das hohe Niveau des Verbraucherschutzes zu erhalten und andererseits die grundlegenden Eigenschaften dieses einzigartigen Unternehmensmodells zu bewahren.

In Zahlen gefasst, hat sich seit dem Jahresende 2000 die Zahl aller österreichischen Kreditinstitute von insgesamt 923 Instituten mit 4.556 Zweigstellen auf 748 Institute mit 4.137 Zweigstellen verringert. Der Marktanteil der Sparkassengruppe ist in den zurückliegenden fünf Jahren – bezogen auf die Bilanzsumme – gleich geblieben. Ein Wachstum ist in einem gesättigten Markt, als der auch die österreichische, zuweilen als „overbanked“ bezeichnete Kreditwirtschaft gelten kann, derzeit vor allem durch Zusammenschlüsse zwischen Instituten eines Bankensektors möglich.

Dabei gehen in der Wissenschaft die Ansichten darüber, welches die betriebswirtschaftlich optimale Größe sei, auseinander. Regulatorische Anforderungen, wie sie aufgrund der zusätzlichen (Transaktions-)Kosten in Gestalt etwa von Melde-, Kontroll- und Überwachungs- sowie Kapitalunterlegungsvorschriften auftreten, lassen Lösungen in einem größeren Maßstab wirtschaftlicher erscheinen und drängen die Institute jenseits ökonomischer Notwendigkeiten und ausgewogener Risikoprofile in größere, komplexere Einheiten, mit durchaus auch für das einzelne Institut größeren Risiken.

Die Sparkassen in Deutschland zum Beispiel dürfen mit durchschnittlich rund 2,77 Milliarden Euro Bilanzsumme schon als vergleichsweise groß gelten, sie sind aber nur halb so groß wie der Durchschnitt innerhalb der Gruppe der privaten Regionalbanken und sonstigen Kreditbanken, jedoch um mehr als das Doppelte größer als eine Kreditgenossenschaft mit durchschnittlich 800 Millionen Euro Bilanzsumme. Dennoch geht auch ihre Zahl zurück (von 562 Sparkassen Ende 2000 auf 414 Institute Ende 2015). Ein weiterer Rückgang wird zuweilen aus Erwägungen der Eigentümer gestoppt: Im Bundesland Bayern beabsichtigten Anfang 2016 die Sparkassen Ingolstadt (Bilanzsumme 2014: 3,85 Milliarden Euro), Eichstätt (1,06 Milliarden Euro) und Pfaffenhofen (1,19 Milliarden Euro) zu verschmelzen, zwischenzeitlich regte sich aber Widerstand auf Seiten der Stadt Pfaffenhofen.

Ähnlich ist die Situation in Österreich, wobei hier der Durchschnitt bei fast zwei Milliarden Euro Bilanzsumme liegt, etwas verzerrt durch die drei sehr großen Institute Erste Bank Oesterreich AG, Steiermärkische Bank und Sparkassen AG und Allgemeine Sparkasse Oberösterreich Bank-AG.

Wenn derzeit in allen Bankengruppen – vor dem Hintergrund der regulatorischen Anforderungen, aber auch neuen, das Kundenverhalten beeinflussenden Technologien – die Zahl der Institute und Filialstandorte geprüft und angepasst wird, so muss dies nicht zu Lasten der regionalen Präsenz und Aktivität geschehen.

Selbst im Falle möglicher Fusionen, würde der Erhalt der ursprünglichen Eigentümer, der jeweiligen Sparkassen-Privatstiftungen der fusionierenden Institute, eine Garantie bieten, institutionell in der Region weiterhin präsent zu bleiben und den Gemeinwohlaufrag auch über das Bankgeschäft hinaus zu pflegen. Durch die Aktienbeteiligung sind Sparkassenstiftungen eng mit ihren jeweiligen Sparkassen verbunden – ein Teil der Dividendenerträge wird für regionale Projekte verwendet. Sie setzen aber auch durch ihre eigenen Möglichkeiten, der Sparkasse über deren Gewinnthesaurierung hinaus zusätzliches Eigenkapital zuzuführen, Grenzen im Wachstum und fördern damit ein organisches, auf dem Sparkassengeschäft basierendes Wachstum der Institute.

Die heute 35 Sparkassenstiftungen stehen für Förderung, Unterstützung und Weiterentwicklung der Region. Sie sind Impulsgeber für die Entwicklung der regionalen und gesellschaftspolitischen Infrastruktur und unterstützen sozial tätige Vereine und Gruppen, Projekte für Jugend und Sport oder Ideen, die der Umwelt und dem Gemeinwohl in der Region zugutekommen, und sie schärfen das Profil der Sparkasse als sozial verantwortliches Kreditinstitut. Holger Blisse unterrichtet unter anderem an der FH Joanneum Graz und ist auf genossenschaftliche und sozialpolitische Themen spezialisiert.



Von Christian Prenger

DIE KASSE DER AGENTEN

MOBILE BANKING WORLDWIDE

Kein Konto, keine Bankfiliale, kein Bargeld – aber trotzdem eine Alternative: In weniger entwickelten Regionen dieser Welt ist das Handy mehr als ein Telefon. Mobile Banking ermöglicht vielen Menschen ein geregeltes Finanzleben.

Es könnte der Beginn einer wunderbaren Freundschaft sein: Anfangs zeigten sich viele KonsumentInnen in Europa reserviert gegenüber der Filiale auf dem Display – nun scheint alles anders zu werden, seit die KonsumentInnen Mehrwert orten. Geldgeschäfte über mobile Endgeräte gewinnen an Kraft. Laut der Unternehmensberatung Sopra Steria Consulting verwenden etwa in Österreich 21 Prozent der KundInnen Banking-Apps mindestens einmal wöchentlich. Laut McKinsey verwenden KundInnen von Erste Bank und Sparkassen Mobile Banking noch häufiger: 33 Prozent oder jede/r Dritte nützt bereits Apps wie George Go oder Card Control.

Andere Länder verzeichnen ebenfalls eine kontinuierliche Entwicklung in Richtung Mobile Payment. Während der alte Kontinent auf den Trend-Zug aufspringt, hat die Nutzung in anderen Regionen der Welt längst Höchstgeschwindigkeit erreicht. Afrika kann als Blaupause für einen Stellenwert von Mobile Banking gelten, der weit über Transaktionen hinaus-

geht. Dort fungiert das Handy als ultimative Finanz-Fernbedienung im Alltag: Über 50 Prozent des globalen M-Payments erfolgen bereits auf dem schwarzen Kontinent.

Die Hinwendung zum Endgerät passiert aber keineswegs aufgrund wachsender Lust an neuer Technologie. Als Treiber fungieren rationale Motive: Gerade in politisch und sozial unruhigen Gegenden sucht die Bevölkerung Wege, ihre knappe Barschaft nicht regelmäßig an Spekulanten oder Kämpfer aus allen ideologischen Ecken zu verlieren. Häufig fehlt auch Vertrauen in das bestehende finanzielle Establishment und dessen Institutionen. Das Telefon stellt dann oft eine bessere Perspektive in Aussicht, was Sicherheit sowie Verfügbarkeit von Ressourcen betrifft.

BARGELDLOS MIT DEM HANDY

Als mobiler Spitzenreiter erweist sich dabei Kenia, wo seit 2007 ein Dienst im Einsatz ist, der in vielen afrikanischen

„Agenten“ im Einsatz für ein alternatives Handy-Finanzleben: Mit dem Service M-Pesa führt der Weg zum Geld über das Display.

Ländern hohen Zuspruch verzeichnet: „M-Pesa“, ein vom Mobilfunkunternehmen Safaricom zusammen mit Vodafone kreiertes System für bargeldlosen Zahlungsverkehr via Handy. Die Anwendung steht in jeder Hinsicht im Zeichen der völligen Einfachheit, komplexe Smartphone-Technik spielt hier keine Rolle. Guthaben werden bar gekauft, auf die SIM-Karte geladen und dann mobil an andere BenutzerInnen dieses Services mittels SMS oder an Personen mit regulären Konten verschickt.

Alle Überweisungen sind sofort auf dem Display des Empfängers oder der Empfängerin sichtbar und mit einem Zahlencode versehen. Dieser ist erforderlich, um den jeweiligen Betrag bei einem der sogenannten „Agenten“ abzuholen. Es sind aber keine Geheimdienst-MitarbeiterInnen, die hier im Nebenberuf oder in der Pension als finanzielle Schaltstelle agieren. Zumeist übernehmen Tankstellen-PächterInnen oder auch BesitzerInnen von Internetcafés die Funktion als TeilzeitbankerInnen für M-Pesa.

Mit gesteigerter Betriebsamkeit in den Räumlichkeiten ist aufgrund der Beliebtheit des Dienstes zu rechnen. Denn niemand muss zwingend Bargeld mit sich tragen, wenn für Transaktionen selbst ein altes Billig-Handy genügt, das SMS senden kann. Dazu kommt die Flexibilität: Geld lässt sich an jeden Ort im Land transferieren, selbst in die Slums von Nairobi, wo Girokonten eher die Ausnahme darstellen. Aber auch Rechnungen für Wasser, Strom oder TV können mit der digitalen Option einfach beglichen werden.

17 Millionen Personen weltweit nutzen die Möglichkeiten des Dienstes mit dem Wort „Pesa“, was in Suaheli Geld bedeutet. Denn das Einzugsgebiet ist keineswegs mehr auf Afrika limitiert. In Indien hat besagtes Handy-Geschäftsmodell ebenfalls seine KundInnen gefunden. So wie in Europa: Rumänien wurde von Vodafone als Testmarkt auserkoren.

Aus gutem Grund, die Mehrzahl der 21 Millionen EinwohnerInnen besitzt zwar ein mobiles Endgerät, sehr viele müssen aber ohne eigenes Konto auskommen. Teilweise wegen ihres zu niedrigen Gehalts – da kommt das Handy als probate Lösung gerade recht. Die Funktion als Finanz-Feuerwehr übernimmt das Telefon aber auch in Gebieten, wo die Infrastruktur in Richtung Wüste tendiert. Wer zur Bank mit dem Auto eine halbe Stunde benötigt, sofern eine Bank überhaupt vorhanden ist, oder aufgrund mangelnder Breitband-Internet-Versorgung auf Online-Banking verzichten muss, weiß solche Auswege zu schätzen.

„In vielen Ländern besteht geringe Vor-Ort-Verfügbarkeit von Filialen oder Geldautomaten. Wo jedoch Mobiltelefone stark verbreitet sind, stellt M-Payment zunehmend eine Alter-

Mirko Kinigadner, Fonmoney: „Social Entrepreneurship kann die wirtschaftliche Situation von Menschen verbessern und valide Geschäftsmodelle ermöglichen.“

native zum Konto oder zur Kreditkarte dar. So werden selbst in Entwicklungsländern schnelle und kostengünstige Finanztransaktionen möglich. Es ist wichtig, Transaktionen auch länderübergreifend verfügbar zu machen. Durch die geografische Verschiebung von Bevölkerungsgruppen ist ein Trend entstanden, der bedient werden muss“, erklärt Moritz Hunzinger, CEO des Mobile-Payment-Anbieters Cashcloud, der heuer in 24 Ländern vertreten sein möchte.



MONEY FÜR MIGRANTINNEN

Somit zieht Mobile Banking immer weitere Kreise – nicht nur geografisch. Das Handy dient auch bei Menschen mit Migrationshintergrund oft als relevante Anlaufstelle, wenn Geld Familienmitglieder oder Freunde im Herkunftsland verlässlich erreichen soll. Es geht um das Sparpotenzial: Auf den konventionellen Wegen verbleibt ein wesentlicher Teil des meist in Kleinbeträgen überwiesenen Geldes als Spesen bei den Abwicklern. Durchschnittlich 2.000 Euro sendet ein Migrant, eine Migrantin in Österreich jährlich ins Herkunftsland.

Günstige Abhilfe verspricht das Start-up „Fonmoney“. Mit dem Wiener Online-Anbieter lässt sich Geld mittels IBAN und Empfängername auf ein Bankkonto transferieren. Oder aber die Summe gelangt als Handy-Guthaben in Länder wie Polen, Rumänien, Kroatien, Türkei, Ukraine oder Philippinen. Für diesen Zweck kann der edle Spender, die edle Spenderin ein Prepaid-Mobiltelefon über www.fonmoney.de aufladen. Erforderlich sind lediglich die Telefonnummer des Handys, dessen BesitzerIn in den Genuss des Guthabens kommen soll, sowie der zu bezahlende Betrag. Nach dem Procedere erhält der Empfänger oder die Empfängerin via SMS die Bestätigung über den Transfer.

Präsent ist dieser Dienst immerhin schon in 23 Märkten, verzeichnet werden nach eigenen Angaben 10.000 aktive KundInnen. Gründer Mirko Kinigadner verweist auf die soziale Dimension hinter den Zahlen: „Rücküberweisungen sind für viele Familien die Haupteinkommensquelle. Gerade diese Menschen, die hart arbeiten, damit für ihre Lieben die Grundversorgung sichergestellt wird, leiden besonders unter den hohen Spesen herkömmlicher Transfersysteme.“

„Wir wollen mit diesem Service zeigen, dass Social Entrepreneurship die wirtschaftliche Situation von Menschen verbessern kann und gleichzeitig valide Geschäftsmodelle ermöglicht“, erklärt Kinigadner weiter. So also entsteht eine Verbindung zwischen Einsatz und Umsatz.

Von Armand Feka

REGIONAL/SOZIAL: ENGAGEMENT ALS MEHRWERT

Wie sich regionale Banken mit Engagement für das Gemeinwohl unverzichtbar machen, zeigt die Sparkasse Lambach in Oberösterreich.

Es sind Schlagworte wie Digitalisierung, Globalisierung und Automatisierung, mit denen die Gegenwart der Bankenwelt gern beschrieben wird. Das Wirtschaftsleben verlagert sich vom stationären Geschäftslokal ins Internet. KonsumentInnen kaufen von Unternehmen, deren tatsächlicher Firmensitz ihnen verborgen bleibt. Und die Angst, Maschinen könnten den Menschen in gar nicht ferner Zukunft vollständig ersetzen und arbeitslos machen, erlebt ein neues Hoch. Rahmenbedingungen, die für die heimischen Sparkassen scheinbar nicht widriger sein könnten. Scheinbar. Denn wie bei jeder Entwicklung formiert sich auch hier eine Gegenbewegung. Und wie bei jeder Herausforderung gibt es auch bei dieser die Chance, sie zu meistern und gestärkt aus ihr hervorzugehen.

Am Beispiel der Sparkasse Lambach zeigt sich, wie Bankhäusern mit großer Tradition die Transformation zu zukunftsfiten Kreditinstituten gelingen kann. Errichtet 1861, ganz am Beginn des Sparkassen-Gründungsbooms, ist die oberösterreichische Bank mehr als 150 Jahre später mit acht Filialen, einer 60 Angestellte umfassenden Belegschaft und 225 Millionen Euro Bilanzsumme ein bedeutender regionaler Wirtschaftsfaktor. Die mehr als 14.000 KundInnen genießen die Sicherheit, eine der eigenkapitalstärksten Sparkassen Österreichs an ihrer Seite zu haben. Das vergleichsweise kleine Kreditinstitut beweist in der konsequenten Umsetzung des historischen Gründungsauftrags seine große Stärke. Denn die Förderung des Gemeinwohls ist in Lambach keine Phrase aus vergangenen Tagen, sondern fest in den Geschäftsalltag integriert. Die Mittel und Wege, die dazu genutzt werden, sind vielfältig.

SOZIALBILANZ MIT SATTEM PLUS

Ein bedeutender, aber nicht der einzige Aspekt, der den gesellschaftlichen Mehrwert der Sparkasse Lambach sichtbar macht, ist die jährlich veröffentlichte Sozialbilanz. Für das Jahr 2015 weist sie ein Gesamtergebnis von mehr als 305.000 Euro aus. Das ist ein Plus von 18 Prozent innerhalb von fünf Jahren, in volkswirtschaftlich herausfordernden Zeiten wie diesen ein deutliches Statement. Der Betrag ist die Summe aller gemeinnützigen Ausgaben in den Bereichen Bildung, Jugend, Soziales, Sicherheit, Infrastruktur, Kultur und Sport.

Im Optimalfall gelingt es sogar, die gesamte Breite der regionalen Bevölkerung innerhalb eines einzigen Projekts abzubilden. Im vergangenen Schuljahr unterstützte die Traditionsbank die örtliche Handelsakademie bei der Umsetzung eines Maturaprojekts, das für Menschen mit Beeinträchtigung aus dem Institut Hartheim einen Ausflug organisierte. Man besuchte die Landesausstellung in der Nachbargemeinde Stadl-Paura, die mit ihrem Thema „Begegnung von Mensch und Pferd“ dieses Jahr im Fokus der oberösterreichischen Öffentlichkeit steht. Stadl-Paura gehört mit einer eigenen Filiale zum Einzugsgebiet der Sparkasse Lambach. Das Maturaprojekt ermöglichte das Zusammentreffen gleich mehrerer bedeutsamer Gesellschaftsgruppen bei einer für die Region wichtigen kulturellen Veranstaltung. Es steht Modell für besonders effizientes Investieren in den sozialen Zusammenhalt.

GEMEINWOHL GEHÖRT ZUM KERNGESCHÄFT

„Wir verstehen die Förderung des Gemeinwohls nicht als gesondertes Projekt, sondern als wesentlichen Bestandteil unseres Kerngeschäfts“, sagt Vorstandsdirektor Gerhard Pölzl, der mit seinem Kollegen Christian Ohlwerter das Führungsgremium der Sparkasse Lambach bildet. Eines von vielen Beispielen für das Verbinden des Geschäftsalltags mit Engagement für das Gemeinwohl sind Weltspartagsgeschenke, die üblicherweise aus der Region stammen und einen sozialen Zweck unterstützen. Im Vorjahr verteilten die MitarbeiterInnen fair gehandelte Gewürze aus dem örtlichen Weltladen an die KundInnen. Nach dem Motto „Regional & Sozial“ werden Kooperationen mit gemeinnützigen Organisationen wie dem Diakoniewerk initiiert.

So paradox es klingen mag: Die aus dem 19. Jahrhundert stammende Gründungsidee der Sparkassen erweist sich im Zeitalter von Digitalisierung, Globalisierung und Automatisierung als hochaktuell. Schon mit ihrer Existenz tragen Regionalbanken wie die Sparkasse Lambach heute zum Gemeinwohl ihres Einzugsgebiets bei. Sie sichern Arbeitsplätze vor Ort und fördern die regionale Wirtschaft. Sie leisten einen wichtigen Beitrag im Kampf gegen die Abwanderung aus dem ländlichen Raum. Mit ihrem sozialen Engagement sind sie ein unverzichtbarer Bestandteil des öffentlichen Lebens in der Region. All das tut der Mitbewerb aus der Ferne nicht. All das sind kostbare Mehrwerte für die Sparkassen-KundInnen. Gemeinsam mit Mut zu technischen Innovationen ist das die beste Basis für den Erfolg der nächsten 150 Jahre.

Foto: Shutterstock.com, Tipungitao





FÜNF
FRAGEN
AN ...

LARA FELIX, FUSSBALLERIN UND
SIEGESTORSCHÜTZIN IM SPARKASSE-SCHÜLERLIGA-FINALE

1. DU HAST DAS SIEGESTOR FÜR DEIN TEAM BG/BRG/BORG POLGARSTRASSE AUS WIEN 22 IN DER SPARKASSE SCHÜLERLIGA GESCHOSSEN. HÄTTEST DU DIR JE ERWARTET, DASS DAS SO GROSSE WELLEN IN DEN MEDIEN SCHLAGEN WIRD? *Nein, das hätte ich mir wirklich nicht erwartet. Aber es hat mich natürlich sehr gefreut.* 2. WARUM HAT ES DIR GERADE FUSSBALL SO ANGETAN? *Alle in meiner Familie haben mit Fußball zu tun. Deshalb kann ich mir seit meinem fünften Lebensjahr keinen anderen Sport für mich vorstellen. Außerdem ist Fußball ein Teamsport. Ich liebe es in einem Team zu spielen, und Bewegung macht mir überhaupt großen Spaß.* 3. WAS SAGEN DEINE FREUNDINNEN DAZU, DASS DU SO GERN FUSSBALL SPIELST? *Ich habe sehr viele Freundinnen, die auch Fußball spielen, und bei uns steht ganz klar der Fußball im Mittelpunkt.* 4. DAVID ALABA, TONI POLSTER UND PETER STÖGER HABEN SCHON IN DER SPARKASSE SCHÜLERLIGA GESPIELT. WÄRE AUCH FÜR DICH EINE KARRIERE ALS PROFIFUSSBALLERIN EINE OPTION? *Ja, klar! Robert Lewandowski ist mein fußballerisches Vorbild.* 5. WELCHEN TRAUM MÖCHTEST DU DIR EINMAL ERFÜLLEN? *Profifußballerin beim FC Bayern München zu werden wäre ein großer Traum von mir.*

INFO: Lara Felix, 13, ist Fußballerin aus Leidenschaft. Ihr Stammverein ist der SC Wollers Komet, von dem sie an Stadlau ausgeliehen wurde. Anfang Juli kürte sie mit ihrem Siegestreffer im Endspiel gegen die NMS Theresianum Eisenstadt das BG/BRG/BORG Polgarstraße zum Sieger der heimischen Schülerliga. Die jugendliche Top-Spielerin hat bereits als Fünfjährige mit dem Kicken begonnen.

S-VERSICHERUNG
VIENNA INSURANCE GROUP

s Unfall-Schutz
ab sofort auch im George + Store

Der s Unfall-Schutz leistet eine garantierte Sofortauszahlung, die Sie bei Eintritt einer von 47 Verletzungsarten bekommen. Sofort und ohne Wartezeit! **Das ist einmalig in Österreich.** Verletzungsarten und Auszahlungsbeträge finden Sie im Antrag.

Übrigens: Wenn Sie mehr über den s Unfall-Schutz wissen möchten, kommen Sie in Ihre Erste Bank oder Sparkasse. Sie können den s Unfall-Schutz aber auch gleich online in George abschließen.

Diese Werbemitteilung ist rechtlich unverbindlich und ohne Gewähr. Sie dient als zusätzliche Information und basiert auf dem Wissensstand der mit der Erstellung beauftragten Personen zum Redaktionsschluss (01/2016). Druckfehler und Irrtümer vorbehalten.

Jetzt scannen und staunen

Neu: Erleben Sie den s Unfall-Schutz virtuell und interaktiv. Das geht ganz einfach:



1. Laden Sie „ARGO“ gratis auf Ihr Smartphone. Hier geht es zum Download:



iOS



Android



2. Öffnen Sie „ARGO“, klicken Sie auf „Menü“ und danach auf die Funktion „Sehen“ (= Symbol Auge), um den Scanner zu aktivieren.



3. Scannen Sie das Bild auf der Titelseite und erleben Sie interaktive Inhalte! Sie werden staunen.

